

Bundesgerichtsurteil BGE 9C_563/2015:
Rückforderung zu Unrecht bezogener Leistungen

Verjährungs- oder Verwirkungsfrist?

Die Pensionskasse des Bundes (Publica) wollte es wissen. Unterliegt der Anspruch auf Rückerstattung von zu Unrecht bezogenen Leistungen nach Art. 35a Abs. 2 BVG der Verjährung oder der Verwirkung? Das Bundesgericht hat diese für die Praxis wichtige Frage endlich entschieden, als Verjährungsfrist zum Vorteil der Pensionskassen. Das Urteil ist zur Publikation vorgesehen.

IN KÜRZE

Die relative einjährige und die absolute fünfjährige Frist zur Geltendmachung eines Rückforderungsanspruchs nach Art. 35a Abs. 2 BVG sind Verjährungsfristen im obligatorischen Sinn und können unterbrochen werden. Der Handlungsspielraum der Kasse wird durch die rechtzeitige Einholung eines Verjährungs-einredeverzichts oder die Einleitung der Betreibung erweitert.

Ein Altersrentner verstarb im Jahr 2011. Da die Publica verspätet vom Tod ihres Versicherten Kenntnis erhielt, hatte sie die monatliche Altersrente in der Höhe von 5424.45 Franken bereits ausgerichtet. Sie forderte vom Sohn und Erben des verstorbenen Altersrentners die fälschlicherweise ausbezahlte Rente zurück. In der Folge leistete der Erbe mehrere Teilzahlungen. Am 4. September 2013 wurde der Erbe nach verschiedenen Mahnschreiben über den noch ausstehenden Betrag von 1235 Franken zuzüglich Zins von 5 Prozent betrieben, worauf eine weitere Zahlung über 600 Franken erfolgte. Schliesslich klagte die Publica den Erben am 15. Dezember 2014 beim zuständigen kantonalen Berufsvorsorgegericht über den Restbetrag von 635 Franken zuzüglich Zins von 5 Prozent seit Einleitung der Betreibung ein.

kungsfrist. Im Streitfall ist vielmehr eine gerichtliche Geltendmachung innerhalb der (kurzen) einjährigen Verwirkungsfrist notwendig.¹ Zudem kann eine einmal verwirkte Schuld nicht mehr zur Verrechnung gebracht werden, was bei einer verjährten Forderung in den Schranken von Art. 125 Ziff. 2 und Art. 120 Abs. 3 OR zulässig ist. In verfahrensrechtlicher Hinsicht ist eine Verwirkung von Amts wegen zu prüfen, während eine Verjährung nur einredeweise geltend zu machen ist.

Art. 35a Abs. 2 BVG lautet wie folgt: «Der Rückforderungsanspruch verjährt mit Ablauf eines Jahrs, nachdem die Vorsorgeeinrichtung davon Kenntnis erhalten hat, spätestens aber mit Ablauf von fünf Jahren seit der Auszahlung der Leistung. Wird der Rückforderungsanspruch aus einer strafbaren Handlung hergeleitet, für welche das Strafrecht eine längere Verjährungsfrist festsetzt, so ist diese Frist massgebend.» Das Bundesgericht hat bis anhin die Frage zur rechtlichen Natur der Fristen nach Art. 35a Abs. 2 BVG explizit offen gelassen. Das kantonale Berufsvorsorgegericht hielt im konkreten Fall den Rückforderungsanspruch als verwirkt.

Rechtsfrage

Im bundesgerichtlichen Verfahren war unbestritten, dass grundsätzlich ein Rückforderungsanspruch der Publica gegen den Sohn und Erben in Höhe des noch ausstehenden Betrags nach Art. 35a Abs. 1 BVG bestand. Umstritten war einzige die Frage, ob der Rückforderungsanspruch nach Art. 35a Abs. 2 BVG in zeitlicher Hinsicht durch eine Verjährungs- oder eine Verwirkungsfrist begrenzt wird. Die Frage ist relevant, da eine Verjährungsfrist unterbrochen werden kann, nicht jedoch eine Verwir-



Elisabeth Ruff Rudin
Advokatin,
DUFOUR Advokatur,
Notariat Basel

¹ Die fristgerechte Einleitung der Betreibung mit jeweils fristgerechter anschliessender Weiterführung des Betreibungsverfahrens inklusive gerichtlicher Anerkennungsklage wahrt auch eine Verwirkungsfrist.

Entscheid

Das Bundesgericht hat nun für Rechtssicherheit gesorgt und sich für die Rechtsnatur der Verjährungsfrist im zivilrechtlichen Sinn sowohl bezüglich der ein- wie auch der fünfjährigen Rückforderungsfrist entschieden. Im beurteilten Fall hat dies zur Folge, dass durch die geleisteten Teilzahlungen die Frist jeweils rechtzeitig unterbrochen wurde. Zum Zeitpunkt der Klageerhebung war deshalb der Rückforderungsanspruch der Kasse noch nicht verjährt.

Im Detail ging das Bundesgericht zunächst vom Wortlaut von Art. 35a Abs. 2 BVG aus, der von «verjährt» spricht, was aber unter Hinweis auf eine ältere Rechtsprechung nicht ausschliesse, dass es sich doch um eine Verwirkungsfrist handeln könnte. Der Gesetzgeber habe mit der neuen Bestimmung von Art. 35a BVG eine Koordination mit den anderen Sozialversicherungszweigen angestrebt. Art. 35a BVG entspreche vom Wortlaut her dem damals für die anderen Sozialversicherungszweige – nicht aber für die berufliche Vorsorge – geltenden Bestimmung von Art. 47a AHVG, die vom Bundesgericht stets als Verwirkungsfrist beurteilt wurde. Dennoch erachtete das Bundesgericht eine Beurteilung als Verwirkungsfrist für die berufliche Vorsorge letztlich als nicht sach- und systemgerecht. Aufgrund der fehlenden Möglichkeit der Vorsorgeeinrichtungen zum Erlass von Rückerstattungsverfügungen wären die Kassen jeweils zur Klageerhebung gezwungen, um ihre Forderung vor dem Erlöschen zu bewahren. Dies hätte die gütliche Erledigung derartiger Ange-

legenheiten erschwert, was weder im Interesse des Rechtsfriedens noch der Prozessökonomie liege. Zudem sei in der Zwischenzeit Art. 47a AHVG durch Art. 25 ATSG abgelöst worden, der nun auch vom Wortlaut her nicht mehr Art. 35a BVG entspreche. Schliesslich spreche das BVG bei den Leistungsansprüchen in Art. 41 Abs. 2 BVG ebenfalls von Verjährung und verweise dabei explizit auf die zivilrechtlichen Verjährungsbestimmungen in Art. 129 bis 142 OR.

Fazit für die Vorsorgeeinrichtungen

Der Entscheid ist sachgerecht und nimmt auf die spezielle Stellung der beruflichen Vorsorge als Teil der schweizerischen Sozialversicherungsgesetzgebung, die systembedingt dem Grundsatz nach nicht dem ATSG unterstellt ist, Rücksicht.

Mit Rückforderungsansprüchen gegen Versicherte oder deren Erben haben die Vorsorgeeinrichtungen immer wieder zu kämpfen. Sie entstehen – wie der vorliegende Fall zeigt – wenn über den Zeitpunkt des Todes noch weitere Leistungen entrichtet werden. Die Situation verschärft sich für die Kassen, wenn Leistungen ins Ausland ausbezahlt werden müssen, weil die versicherte Person ihren Wohnsitz verlegt hat. In diesen Fällen können seit der letzten eingeholten Lebensbescheinigung einige Monate vergangen sein, was nicht nur den Streitwert erhöht, sondern auch die Geltendmachung des Rückforderungsanspruchs verkompliziert. Die Kasse muss nämlich herausfinden, wer Erbe ist, wo dieserwohnt, wie er für Schulden haftet und ob

der Nachlass überhaupt Aktiven hat, beziehungsweise wie die finanziellen Verhältnisse des potenziellen Erben aussehen. Ähnlich komplexe Situationen können auch bei langjährigen Verfahren der Invaliden- oder der Unfallversicherung entstehen, wenn die Kasse auf Änderungen des Invaliditätsgrads oder bei Fällen mit Überentschädigungskürzungen auf die Erhöhung der anrechenbaren Einkünfte reagieren muss. Für die Kasse ist es schwierig, alle relevanten Informationen innert eines Jahrs seit Kenntnis der zu viel bezahlten Leistungen zusammenzutragen, den Fall umfassend zu beurteilen und die zweckmässigen Schritte einzuleiten.

Die Möglichkeit zur Einholung eines Verzichts auf die Erhebung der Einrede der Verjährung beim Schuldner vereinfacht für die Kassen das Vorgehen erheblich. Der rechtzeitig eingeholte Verjährungseinredeverzicht gilt als griffiges und wichtiges Instrument zur Unterbrechung der Verjährung und ist im Geschäftsleben üblich. Mit der Unterbrechung beginnt die Verjährungsfrist von neuem. Sie dauert in der Regel gleich lang wie die ursprüngliche Frist. Die Kasse kann nach Eingang des unterzeichneten Verzichts in Ruhe abwägen, ob als Ultima Ratio eine Klage notwendig oder eben der Abschluss eines Vergleichs, zum Beispiel in Form eines Abzahlungsvertrags, opportun ist. Zins- und Abschlagszahlungen seitens des Schuldners gelten als Schuldanerkennung und damit ebenfalls als Unterbrechungshandlung. Falls eine gütliche Einigung nicht zustande kommt, kann

WERBUNG

PUBLICITÉ

IHRE BERUFLICHE
VORSORGE BRAUCHT
STARKE PARTNER



GESCHÄFTSFÜHRUNG

VORSORGEVERWALTUNG

RECHNUNGSWESEN

BERATUNG UND SCHULUNG

STELLVERTRETUNG

STIFTUNGSGRÜNDUNGEN

STIFTUNGSFUSIONEN

STIFTUNGSLIQUIDATIONEN

ecovor.ch

die Betreibung mit dem Hinweis eingeleitet werden, dass die Betreibung nur zur Verjährungsunterbrechung erfolgte. Die Verjährungsfrist ist damit unterbrochen, auch wenn das Betreibungsverfahren nach Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner nicht fortgeführt wird. Der Handlungsspielraum für die Kassen hat sich somit er-

heblich erweitert. Dies liegt nicht nur im Interesse der Kassen, sondern auch im Interesse der Versicherten und der Rentnerinnen und Rentner, die von vorschnellen Klagen zur Fristwahrung verschont bleiben.

Insgesamt bleibt aber zu beachten, dass Fragen zur Verjährung rechtlich komplex sind. Zudem ist daran zu erin-

nern, dass das Verjährungsrecht revidiert wird.²

² Vergleiche Botschaft des Bundesrats vom 29. November 2013 (Bundesblatt 2014 235); Erstbehandlung in beiden Räten bereits erfolgt; die Zweitbehandlung im Nationalrat erfolgte am 3. März 2016.

Arrêt du Tribunal fédéral ATF 9C_563/2015: Demande de restitution des prestations touchées indûment

Délai de prescription ou de péremption?

La Caisse fédérale de pensions (Publica) a voulu en avoir le cœur net.

L'art. 35a al. 2 LPP institue-t-il la prescription ou la péremption du droit à la restitution des prestations touchées indûment? Le Tribunal fédéral a enfin tranché cette question importante dans la pratique à l'avantage des caisse de pension: il a estimé qu'il s'agit d'un délai de prescription.

La publication de l'arrêt est prévue.

Le bénéficiaire d'une rente de vieillesse est décédé en 2011. Publica ayant été informée tardivement du décès de son assuré, elle avait déjà versé la rente de vieillesse mensuelle de 5424.45 francs. Elle a demandé au fils et héritier du rentier décédé le remboursement de la rente versée à tort. L'héritier s'est par la suite acquitté de plusieurs versements partiels. Après plusieurs lettres de rappel, l'héritier a été poursuivi, le 4 septembre 2013, pour la somme restant due de 1235 francs, majorée des intérêts de 5%. Il a alors versé 600 francs. Pour finir, Publica a ouvert action le 15 décembre 2014 contre l'héritier auprès du tribunal cantonal compétent en matière de prévoyance professionnelle pour le solde de 635 francs, plus intérêts de 5% à compter du début de la poursuite.

Question de droit

Le droit de Publica à demander la restitution du montant restant dû au fils et héritier en vertu de l'art. 35a al. 1 LPP

était contesté dans la procédure devant le Tribunal fédéral. Le litige ne portait que sur la nature du délai dont l'échéance met fin au droit de demander la restitution prévue à l'art. 35a al. 2 LPP: est-ce un délai de prescription ou un délai de péremption? Cette question est importante, car un délai de prescription peut être interrompu, contrairement à un délai de péremption. En cas de litige, il est donc nécessaire d'engager une action en justice dans le délai de péremption (court) d'un an.¹ Qui plus est, une dette périmee ne peut plus être compensée, ce qui est en revanche admissible pour une créance prescrite dans les limites de l'art. 125 ch. 2 et de l'art. 120 al. 3 CO. En termes de procédure, une péremption doit être examinée d'office, alors qu'il

EN BREF

Le délai relatif d'un an et absolu de cinq ans pour faire valoir un droit de restitution fixé à l'art. 35a al. 2 LPP est un délai de prescription au sens du code des obligations et peut être interrompu. La marge de manœuvre de la caisse est étendue: elle peut, en temps utile, demander une renonciation à invoquer l'exception de la prescription ou engager la poursuite.

faut soulever l'exception de la prescription.

L'art. 35a al. 2 LPP dispose: «Le droit de demander la restitution se prescrit par une année à compter du moment où

¹ Le fait d'engager la poursuite dans les délais et de continuer ensuite la procédure de poursuite dans les délais, y compris l'action en reconnaissance, préserve également un délai de péremption.

l'institution de prévoyance a eu connaissance du fait, mais au plus tard par cinq ans après le versement de la prestation. Si le droit de demander restitution naît d'un acte punissable pour lequel le droit pénal prévoit un délai de prescription plus long, ce délai est déterminant.» Jusqu'à présent, le Tribunal fédéral a explicitement laissé ouverte la question de la nature juridique des délais prévus à l'art. 35a al. 2 LPP. En l'occurrence, le tribunal cantonal compétent en matière de prévoyance professionnelle a estimé que le droit de demander la restitution était périmé.

Décision

Le Tribunal fédéral vient à présent de garantir la sécurité juridique: il a décidé qu'il s'agissait d'un délai de prescription au sens du droit civil, tant en ce qui concerne le délai de restitution d'un an que de cinq ans. Dans l'affaire jugée, cela implique que les paiements partiels effectués ont à chaque fois interrompu le délai en temps utile. Le droit de la caisse de demander la restitution n'était donc pas encore prescrit à la date à laquelle l'action a été engagée.

Dans le détail, le Tribunal fédéral s'est d'abord basé sur la teneur de l'art. 35a al. 2 LPP qui parle de «prescrit», ce qui n'exclut cependant pas, selon une jurisprudence plus ancienne, qu'il puisse malgré tout s'agir d'un délai de péremption. Avec la nouvelle disposition de l'art. 35a LPP, le législateur visait une coordination avec d'autres branches des assurances sociales. L'art. 35a LPP correspondait de par sa teneur à la disposition de l'art. 47a LAVS, qui s'appliquait à l'époque aux autres branches des assurances sociales, mais pas à la prévoyance professionnelle, et que le Tribunal fédéral a toujours considéré comme un délai de péremption. Le Tribunal fédéral a néanmoins estimé qu'il n'était finalement pas approprié ni conforme au système de parler de délai de péremption dans la prévoyance professionnelle. Les institutions de prévoyance ne pouvant prononcer des décisions de restitution, elles seraient systématiquement contraintes d'ouvrir action afin d'empêcher l'extinction de leur créance. Une telle obligation compliquerait le règlement amiable de telles affaires, ce qui ne serait ni dans l'intérêt de la paix juridique ni dans celui de l'économie de

procédure. Par ailleurs, l'art. 47a LAVS a été entre-temps remplacé par l'art. 25 LPGA, dont la teneur ne correspond désormais plus à celle de l'art. 35a LPP. Pour finir, la LPP parle également, à son art. 41 al. 2, de prescription pour le droit aux prestations et renvoie explicitement aux dispositions du droit civil en matière de prescription des art. 129 à 142 CO.

Conclusion pour les institutions de prévoyance

L'arrêt est approprié et tient compte de la position particulière que la prévoyance professionnelle, qui n'est pas soumise à la LPGA pour des raisons inhérentes au système, occupe dans la législation suisse des assurances sociales.

Les institutions de prévoyance sont constamment confrontées aux droits de demander la restitution à l'encontre des assurés ou de leurs héritiers. De tels droits naissent lorsque des prestations sont encore versées après la date du décès, comme dans le cas présent. La situation se complique lorsque des institutions de prévoyance doivent verser des prestations à l'étranger, parce que l'assuré y a transféré son domicile. Dans de tels cas, plusieurs mois peuvent s'être écoulés depuis que le dernier certificat de vie a été demandé, ce qui accroît non seulement la valeur litigieuse, mais complique aussi l'exercice du droit à la restitution. La caisse doit en effet retrouver l'héritier et son domicile, connaître la mesure dans laquelle il répond des dettes et déterminer si la succession comporte des actifs ou quelle est la situation financière de l'héritier potentiel. Des situations d'une telle complexité peuvent aussi se présenter dans des procédures de l'assurance-invalidité ou accidents durant plusieurs années, lorsque la caisse doit réagir à des modifications du taux d'invalidité ou à l'augmentation des revenus à prendre en compte dans les cas de réduction pour cause de surindemnisation. Pour la caisse, il est difficile de réunir toutes les informations pertinentes dans un délai d'un an à compter du moment où elle a eu connaissance des prestations versées en trop, d'évaluer tous les aspects de l'affaire et d'engager les mesures appropriées.

La possibilité de demander au débiteur de renoncer à soulever l'exception de

la prescription simplifie considérablement la procédure pour les caisses. Une telle demande constitue un instrument important et pertinent pour interrompre la prescription et elle est courante dans la vie des affaires. Le délai de prescription recommence à courir lors de l'interruption, pour une durée généralement équivalente à celle du délai initial. Après réception de la renonciation signée, la caisse peut évaluer en toute sérénité la nécessité d'ouvrir action, en dernier recours, ou l'opportunité d'une transaction, par exemple sous la forme d'un contrat de paiements échelonnés. Le paiement d'intérêts et d'acomptes par le débiteur vaut reconnaissance de dette et constitue donc également une mesure d'interruption. Au cas où aucun accord amiable ne peut être trouvé, la poursuite peut être engagée au motif que la poursuite vise uniquement à interrompre la prescription. Le délai de prescription est ainsi interrompu, même si la procédure de poursuite n'est pas continuée après la notification du commandement de payer au débiteur. La marge de manœuvre des caisses s'est donc considérablement étendue. Ce n'est pas seulement dans l'intérêt des caisses, mais aussi dans celui des assurés et des rentiers, qui sont préservés des actions hâives destinées à préserver le délai.

L'un dans l'autre, nous devons retenir que les questions de prescription sont juridiquement complexes. Rappelons aussi que le droit de la prescription sera révisé.²

Elisabeth Ruff Rudin

² Cf. le message du Conseil fédéral du 29 novembre 2013 (Feuille fédérale 2014 221). Les deux chambres ont examiné le projet en première lecture. Le Conseil national l'a examiné en seconde lecture le 3 mars 2016.